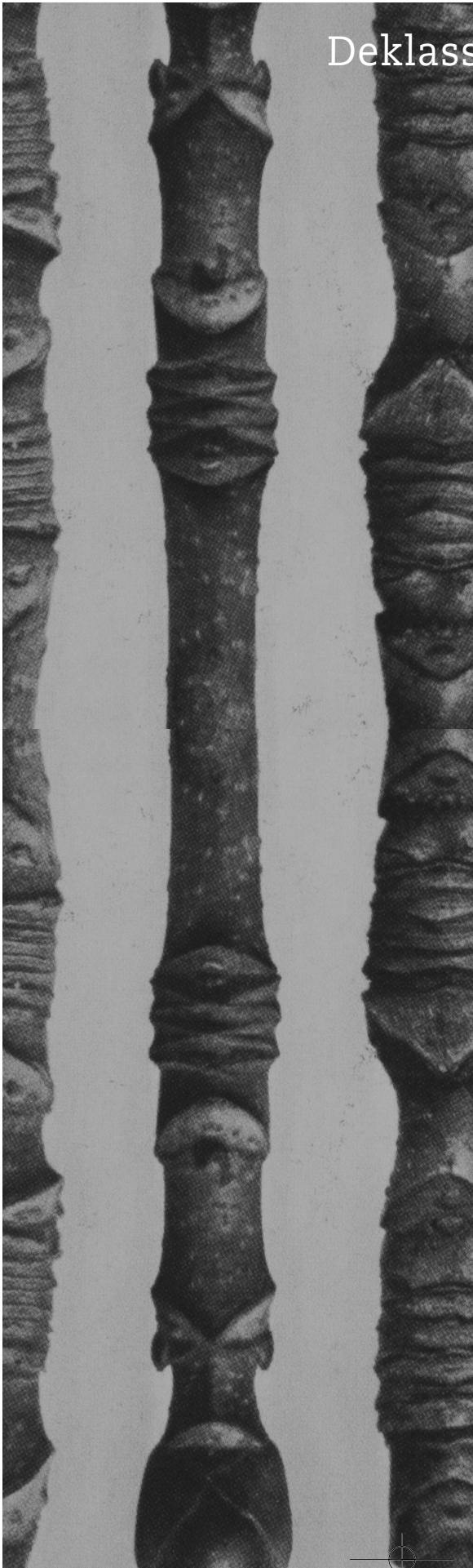


Die Wiederkehr der »Klasse«

Deklassierung und Migration

Obschon festzustellen ist, dass sich in allen westlichen Industrieländern der Trend zu einer immer egalitäreren Einkommensverteilung seit den achtziger Jahren auffallend umgekehrt hat, empfinden immer noch viele das Sprechen über Klassenunterschiede als »unappetitlich« oder schlicht und ergreifend obsolet (vgl. kritisch hierzu Skeggs 2004). Lange Zeit kamen aus vielfältigen Gründen im politischen Diskurs der Bundesrepublik Begriffe wie »Unterschicht« gar nicht vor. Vielmehr schienen sie, im Kontext eines erstarkenden Neoliberalismus, aus der politischen Theorie des Westens verbannt worden zu sein¹. Geradezu anrühlich erschien es nach dem Fall der Berliner Mauer, dem »Niedergang« des »real existierenden Sozialismus«, dem »Sieg« des Kapitalismus und die Wiedervereinigung Deutschlands über die soziale Spaltung der Gesellschaft zu sprechen. Gesellschaftskritik schien so gar nicht im Trend zu liegen, und das Denken eines »Anders-als« wurde kurzerhand als totalitäre Phantasterei abgetan, weswegen auch Utopiediskurse aus den kritischen Arbeiten exkommuniziert wurden. Es schien geradezu so, als wären sich alle bei aller Uneinigkeit einig darüber, dass jeder im Westen lebende Mensch dieselben Möglichkeiten habe und soziale Mobilität eine Sache des Willens und der Leistungsfähigkeit sei. Strukturen sozialer Ungleichheit wurden nun vornehmlich als »Kulturunterschiede« analysiert, schien sich doch die Welt der Symbole als attraktiver und das Analysieren derselben als lustvoller als das Nachdenken über die unerquicklichen materiellen Realitäten zu erweisen. »In der Hoch-Zeit der Individualisierungsthese« waren plötzlich »die Klassen und Klassengesellschaft verschwunden und ersetzt durch Lebensstile, Lebenslagen und Milieus. Und statt soziale Ungleichheit auch als Ungerechtigkeit zu kritisieren, kam in der Ungleichheitsforschung ... Freude über die bunte Vielfalt in der Gesellschaft auf« (Frerichs/Steinrück 1997: 13). Interessanterweise schien es einfacher über die Armut in der »Dritten Welt« zu philosophieren, als über Klassenunterschiede und Deklassierungen oder gar die eigene Beteiligung an sozialer Ungleichheit nachzudenken. 1993 schreibt etwa Ilona Bubeck, dass »[w]eder die deutsche Frauenforschung noch die feministischen Theoretikerinnen ... die Klassenfrage zum Gegenstand ihres politischen Diskurses [machen]« und stellt fest, dass zwar durchweg von der »Verarmung der Frauen« gesprochen wird »ohne [jedoch] danach zu fragen, ob Frauen Angehörige der herrschenden und besitzenden Klasse, der bürgerlichen Mittelschicht oder der lohnabhängigen und marginalisierten Schicht sind« (Bubeck 1993: 33). Konsequenz einer solchen »Verleugnung«, so Bubeck, war die Etablierung einer »feministischen Politik,



die ausschließlich den Interessen weißer, bürgerlicher Frauen dient« (ebd.: 35). Was hier für eine feministische Praxis und Programmatik beschrieben wird, kann ohne weiteres auch auf andere soziale Bewegungen und kritische Theoriebildung im allgemeinen übertragen werden. So analysiert Beverly Skeggs (2004) sehr richtig, dass die westlichen Sozialwissenschaften seit den 90er Jahren die so genannte »Lebenswelt« der akademischen Elite fast unbemerkt zum Mittelpunkt ihrer theoretischen Debatten und Konzeptbildungen gemacht hat. Skeggs legt dar, inwieweit etwa die Debatten um »Mobilität« im Grunde nur das bürgerliche Subjekt betrachtet, jedoch umfassende Aussagen formuliert.

»The arguments for mobility [...] suggest that the »new« theory has become orientive and regulative: it describes what exists for a privileged few and then suggests this is a perspective that applies for many others« (Skeggs 2004: 48).

Das ganze Gerede von erhöhter Mobilität und einem gelebten Nomadentum erscheint ihr nichts weiter als »grausamer Nonsense«, denn Mobilität ist selbstverständlich eine Ressource, zu der nicht alle Zugang haben (ebd.: 49). Durch den fortschreitenden Abbau sozialer Sicherungssysteme geraten immer Menschen in die Situation, sich innerhalb der Metropolen kaum bewegen zu können, weil sie sich die ständig steigenden Fahrkosten innerhalb des öffentlichen Nahverkehrs nicht leisten können, während Mobilität zu einem Merkmal von Leistung und Modernität geraten ist. Einige wenige können Mobilität als Freiheitsgewinn feiern. Für diejenigen indessen, die von Mobilität ausgeschlossen bleiben, bedeutet dieses »Jubilieren« eine auch symbolische soziale Exklusion.

Ende der 90er Jahre beginnt sich, auch vermittelt der Globalisierungsdiskurse und Antiglobalisierungsdebatten, ein Interesse an sozialer Gerechtigkeit in Politik und Wissenschaft zu regen, das »Klassenanalysen« in ihre Auseinandersetzung integriert. Das Sprechen über »Klassen«, »Armut« und »soziale Ausgrenzung« scheint wieder »hoffähig« zu sein. Und so tauchen auch marxistische Theorien wieder vermehrt in wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf. Der neoliberalen Illusion einer klassenlosen und gerechten Gesellschaft wird die Wirklichkeit einer zutiefst durchfurchten und zerklüfteten Welt entgegengehalten. Die Journalistin Barbara Ehrenreich (2003) spricht beispielshalber von den *working poor*, die trotz harter Arbeit am Rande des Existenzminimums leben und Forschungen im Bereich der Migration zeigen auf, wie die Verquickung einer nicht-deutschen Herkunft mit der Zugehörigkeit zur Unterschicht soziale Mobilität deutlich erschwert und manches Mal unmöglich macht. Dabei ist das Verschwinden der Analysekategorie »Klasse« in der Migrationsforschung ein besonderes kurioses wie folgenreiches Phänomen. Hier sind es vor allem die Kategorien »Kultur«, »Ethnizität« und/oder »Race«, die als zentrale Erklärungsdimensionen herangezogen werden, um soziale Ausgrenzungen im Zusammenhang mit Migrationsprozessen zu untersuchen. Analysen, die soziale Herkunft zur Erklärung mit einbeziehen, sind dagegen eher selten. Konsequenz davon ist eine Vorstellung von Migrant_innen als *homogen* diskriminierte soziale Gruppe, die viktimisiert wird, ohne dass ihren durchaus vorhandenen Ressourcen

Beachtung geschenkt wird. Armut und soziale Ausgrenzung sind freilich ein komplexes Phänomen und bedeuten nicht nur, über (zu) geringe finanzielle Mittel zu verfügen, sondern bedeuten auch strukturelle Ausgrenzung aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen auf unterschiedlichen Ebenen. So haben Migrant_innen nachgewiesenermaßen einen schlechten Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zum Wohnungsmarkt; sie weisen eine prekärere Gesundheitsversorgung als die Mehrheitsbevölkerung auf und sind aus der kulturellen Partizipation zum größten Teil exkludiert. Allerdings gilt dies zum Teil insbesondere und zum Teil lediglich für migrantische Arbeiter_innen und in viel geringerem Maße oder gar nicht für solche, die (bereits) der Mittel- und Oberschicht angehören. So werden auch qualifizierte Migrant_innen systematisch symbolisch deklassiert. »Dienstmädchen« sind im Zuge dessen zu einem exquisiten wissenschaftlichen »Hit« geraten. Dass viele dieser Dienstleistenden (hoch-)qualifiziert sind und sich eine Migration nach Westeuropa nur leisten können, weil sie über soziales, symbolisches und kulturelles Kapital verfügen, wird dagegen oft nur am Rande erwähnt. Die Beziehung des Ortes der Herkunft zum Ort der Ankunft deklassiert qualifizierte Frauen symbolisch zu »Dienstmädchen« und schmiedet sie gewissermaßen in die »formlose Masse« eines »wehrlosen« Subproletariats, das heute insbesondere von undokumentierten Migrant_innen gestellt wird. Auf der anderen Seite kann es kaum verblüffen, dass Migrant_innen der zweiten und dritten Generation, die über akademische Abschlüsse und / oder wohldotierte berufliche Positionen verfügen, nicht selten aus Familien mit einem hohem Bildungskapital stammen. Obschon nicht erst seit der PISA-Studie bekannt ist, dass insbesondere über Bildungskapital und materiellen Besitz zu verfügen weiterhin die Grundlage real bestehender sozialer Ungleichheiten ist. Selbst wenn freilich *alle* Migrant_innen unterschiedlichen strukturellen Diskriminierungen und verschiedenen Formen des Alltagsrassismus ausgesetzt sind, so ist es doch zugleich evident, dass diejenigen, die mit ökonomischem und kulturellem Kapital ausgestattet sind, wesentlich bessere Chancen haben, auf dem immer härter umkämpften Arbeits- und Bildungsmarkt zu konkurrieren. Die »Klassenzugehörigkeit« spielt bei der Eröffnung von Möglichkeiten im Zusammenspiel mit anderen sozialstrukturierenden Kategorien wie etwa »Geschlecht«, »Hautfarbe« und »körperliche Verfasstheit« *nach wie vor* eine entscheidende Rolle. Sind die Eltern Akademiker_innen, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder auch hohe Qualifikationen erreichen, auch dann relativ hoch, wenn sie nicht-deutscher Herkunft sind.

Doch die meisten Migrant_innen in Deutschland sind aus sozio-historischen Gründen Arbeiter_innen mit durchschnittlich eher geringem Bildungskapital. Bei der Anwerbung der so genannten »Gastarbeiter_innen« waren diejenigen gefragt, die *körperlich* »tüchtig« waren. Die Auswahl fiel entsprechend auf junge, »körperlich fitte« Frauen und Männer mit zumeist geringer Schulbildung aus den sozial ausgegrenzten Peripherien der



jeweiligen Herkunftsländer: Galizier_innen aus Spanien, Kurd_innen und Anatolier_innen aus der Türkei, Südtaliener_innen und Sard_innen aus Italien etc. Menschen aus den ärmsten Regionen Europas waren die ersten, die seit den 1950er Jahren in die Bundesrepublik kamen, um nicht nur der Armut, sondern auch den sozialen Ausgrenzungen in ihren Herkunftsländern zu entfliehen. Die Pauperisierung in den Herkunftsländern war gewissermaßen ein guter Ausgangspunkt für die weitere Ausbeutung in der sich im Aufbau befindenden Industrienation Bundesrepublik Deutschland. Anders gewendet: die »Unterschicht«, die in der Bundesrepublik benötigt wurde, wurde in den autoritären Regimes der Herkunftsländer produziert. Einwanderungspolitik und Auswanderungspolitik zeigen sich vielfach ineinander verzahnt. Und die Migration stabilisierte schließlich ökonomisch und über bilaterale Verträge auch politisch bestehende faschistische Regierungen wie etwa das spanische Francoregime, das so unbekümmert bis zum Tode des Diktators 1975 fortbestehen konnte. Insbesondere die Devisen der Migrant_innen und des boomenden Tourismus ermöglichten das stabile Paradox einer offenen und doch abgeschotteten Gesellschaft, in der die Verfolgung Andersdenkender durch die Staatsmacht Normalität war.

Ethnische Unterschichtungsprozesse als »Modernisierungsgrundlage«

Während Länder wie Spanien an ihren angeblichen »Traditionen« festhielten – zu denen die streng katholisch-patriarchale Ordnung gehörte, die Frauen an das Haus band und Abtreibungen und Scheidung als kriminelle Akte beschrieb und sanktionierte – beschreibt die Bundesrepublik sich als weltoffen und modern. Dass hier ein interessanter Zusammenhang besteht, wird viel zu häufig vernachlässigt.

Als es nach dem Zweiten Weltkrieg zu den ersten Anwerbeverträgen kam, waren es Arbeiter_innen, die angefragt wurden und aus den pauperisierten Peripherien Europas kamen, um das »deutsche Wirtschaftswunder« zu ermöglichen. Die Bedingungen, unter denen diese Menschen in den ersten Jahren leben und arbeiten mussten, ist zwar hinlänglich bekannt, wird im öffentlichen Diskurs jedoch gerne unterschlagen. Die Unterbringung in so genannten »Lagern« war etwa »normal«. Bereits in den Anwerbegesprächen, bevor also die ersten »Gastarbeiter_innen« in die Bundesrepublik einreisten, machten deutsche Regierungsvertreter deutlich, dass die Arbeitnehmer_innen mit einer Unterbringung in »Baracken« zu rechnen hatten (von Oswald/Schmidt 1999: 185). Eine gemeinsame Unterbringung von deutschen Arbeiter_innen und »Gastarbeiter_innen« war dagegen freilich nicht erwünscht (ebd.: 189). Die Unterbringung in diesen ethnisch segregierten »Massenunterkünften« ermöglichte die Kontrolle der migrantischen Arbeitskräfte weit über den Arbeitszusammenhang hinaus. Und »[w]as aus deutscher Sicht gern mit »fehlendem Integrationswillen« oder auch mit mangelnder Intelligenz ... erklärt wurde, begründeten viele Arbeitsmigranten selbst mit ihrem Arbeitsalltag: Nach acht Stunden Akkordarbeit, Überstunden oder Wochenendarbeit, musste eingekauft,

gekocht, gewaschen und gebügelt werden. Da blieb bei manchen kaum Raum, die eigene eingekapselte Situation zu verändern« (ebd.: 205).

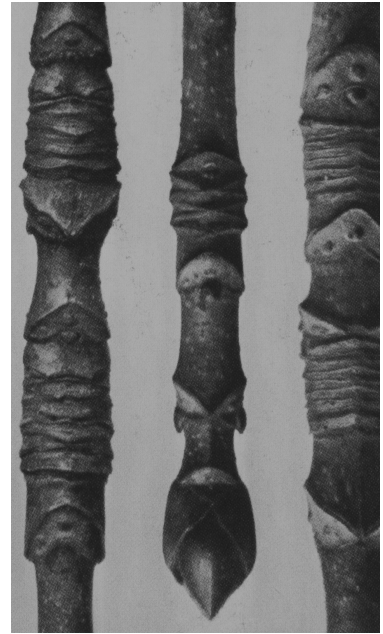
Tatsache war indes, dass eine Integration keinesfalls erwünscht war. Es galt vielmehr das Rotationsprinzip. Die Frauen und Männer sollten für kurze Zeit in Deutschland arbeiten und dann wieder in ihre so genannten Heimatländer zurückkehren – ohne

Ansprüche aus der Sozialversicherung. Die große Mehrheit der migrantischen Arbeitskräfte wanderte tatsächlich ganz entsprechend der Idee des »Rotationsprinzips«, welches über restriktive Vergabe von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis aufrecht erhalten wurde, wieder zurück in ihre Herkunftsländer. Nach dem Anwerbestopp von 1973 blieben jedoch viele – zu diesem Zeitpunkt ca. 3 Millionen – in Deutschland. Die meisten dieser Frauen und Männer führten die schmutzigsten und härtesten Arbeiten in Industrie und im Dienstleistungsgewerbe durch. Insbesondere Frauen finden sich dabei immer schon vermehrt im Niedriglohnssektor. Ganz rassistischen Vorgaben folgend wurden Migrant_innen im öffentlichen Bild v. a. mit Schmutz, sexueller Promiskuität und genereller Unzivilisiertheit assoziiert. So schreibt 1972 eine Mainzer Hauptschülerin der 8. Klasse:

»Man stellt die Gastarbeiter (Italiener) meistens in Intimitäten den Schweinen gleich. Was auch wahr ist. Wenn ich abends mal mit meiner Mutter Schaufenster gucken gehe, da ist der erste, der uns anpflaumt, ein Gastarbeiter. Weil die glauben, jede Frau, die abends auf der Straße ist, sei ein Vogel. Es gibt nur einen geringen Teil der Gastarbeiter, der eigentlich dankbar wäre, wenn man sie zivilisieren würde.«²

»Gastarbeiter_innen« erwiesen sich als eine interne Kolonie, über die nicht nur fast grenzenlos verfügt werden konnte, sondern die auch als Negativfolie für die tugendhafte, zivilisierte deutsche Mehrheitsbevölkerung galt. Die Kontinuitäten zu rassistisch-kolonialen Stereotypen sind dabei evident. Im 18. Jahrhundert schreibt etwa der Historiker Edward Long zu der Frage, ob es zugelassen werden sollte, »Schwarze« nach England einreisen zu lassen:

»The lower class of women in England are remarkably fond of the blacks, for reasons too brutal to mention; they would connect themselves with horses and asses if the laws permitted them. By these ladies they generally have numerous brood. Thus, in the course of a few generations more, the English blood will become so contaminated with this mixture ... as even to reach the middle, and then the higher orders of people« (zit. in Lawrence 1982: 57).



Deutlicher kann die Verquickung diskriminierender Kategorisierungen nicht ausgedrückt werden. Sowohl die weißen Frauen aus der Arbeiterklasse als auch alle schwarzen Männer werden hier als triebhaft und abstoßend beschrieben. Dabei wird Sexualität zum Sinnbild für die Erhaltung oder eben Verwischung »rassischer« Differenzen. Daran hat sich bis heute beim Sprechen über migrantische Arbeitskräfte kaum etwas geändert: Während die Männer als (sexuell) bedrohlich gelten und/oder unter permanenten Terrorismusverdacht gestellt werden, werden die Frauen vor allem als unterdrückt und zurückgeblieben dargestellt, die das Gegenteil der befreiten, modernen deutschen Frau repräsentieren. Die koloniale Politik der Repräsentation ist äußerst transparent.

Jene, die sich als »Gastarbeiter_innen« nicht mehr »nützlich« erwiesen oder, wie es hieß, den »Belangen der Bundesrepublik entgegen standen«, konnten ohne weitere Begründung ausgewiesen werden bzw. die Aufenthaltserlaubnis, die zumeist nur für ein Jahr ausgestellt wurde – manchmal auch für kürzer –, wurde schlichtweg nicht verlängert. Politische Partizipation war selbstredend ebenso verboten wie eine Berufsunfähigkeit zur faktischen Ausweisung durch Nichtverlängerung der Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis führen konnte. Trotz dieser vehementen sozialen Repressionen kam es in den 1970er Jahren zu den so genannten »wilden Streiks« in großen Industrieunternehmen wie etwa Ford und Opel, die v. a. von migrantischen Arbeitnehmer_innen organisiert wurden, die z. T. mehr Erfahrung mit gewerkschaftlicher Mobilisierung hatten als die deutschen Arbeitnehmer_innen. Interessanterweise werden diese weder von den Mehrheitsdeutschen noch vom Großteil der zweiten und dritten Migrant_innengeneration erinnert. Stattdessen wird die erste migrantische Arbeiter_innengeneration auch von letzteren häufig als »Opfer« dargestellt, die sich den miserablen Bedingungen fügte und keinen Widerstand leistete. Eine Geschichte des »Gastarbeiter_innenwiderstands« ist noch zu schreiben.

Eine besondere Rolle bei der Stabilisierung des Bildes des neuen *modernen* Deutschlands spielten in der BRD die migrierten Frauen, die nur allzu gern unter die Kategorie »nachgezogene Ehefrauen« subsumiert werden, obwohl mindestens ein Drittel der angeworbenen Arbeitskräfte weiblich waren. Bereits 1973 waren 30 % der migrantischen Arbeitskräfte weiblich (Mattes 1999: 285). Besonders bezeichnend ist hier, dass die Beschäftigungsquote von Migrantinnen im selben Jahr mit 71,6 % fast doppelt so hoch ist wie die der deutschen Frauen, die im gleichen Zeitraum bei lediglich 37,7 % liegt. Genaugenommen ist die in den 1970er Jahren beginnende und bejubelte »Emanzipation« der mehrheitsdeutschen Frauen ohne die migrantische Arbeitstätigkeit gar nicht denkbar, denn der Einsatz der migrantischen Arbeitskraft bedeutet für die mehrheitsdeutschen Frauen einen bemerkenswerten Mobilitätssprung. Später wird dies als »Modernisierungsschub« vermerkt, weil nicht nur immer mehr deutsche Frauen eine Arbeit aufnehmen, sondern sich darüber hinaus vom produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsbereich bewegen, wo sie zu zwei Dritteln von Migrantinnen ersetzt werden (genauer hierzu Castro Varela 2003). So schreibt Manuela Westphal pointiert:

»Mit ihrem Entschluß zur Migration und Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik ermöglichten die Arbeitsmigrantinnen den westdeutschen Frauen die Befreiung von den »schlechtesten« und »untersten« Arbeitsplätzen« (Westphal 1996: 26).

Der Mitte der 1970er Jahre einsetzende Strukturwandel trifft Migrantinnen mit besonderer Härte. Unternehmen bauen nun im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen gezielt Arbeitsplätze ab,

was in der Folge eine vermehrte Erwerbslosigkeit unter Migrant_innen, die dann schlechter einen neuen Arbeitsplatz finden, produziert. Speziell die diskriminierende Vergabe von Arbeitserlaubnissen zeichnet sich dafür verantwortlich, dass Migrantinnen Schritt für Schritt vom Arbeitsmarkt gedrängt wurden. Beispielshalber wurde eine Arbeitserlaubnis nur verlängert, wenn eine Mutter einen Kindergartenplatz nachweisen konnte. Was, wie Monika Mattes darlegt, damals recht selten der Fall war (Mattes 1999: 304).

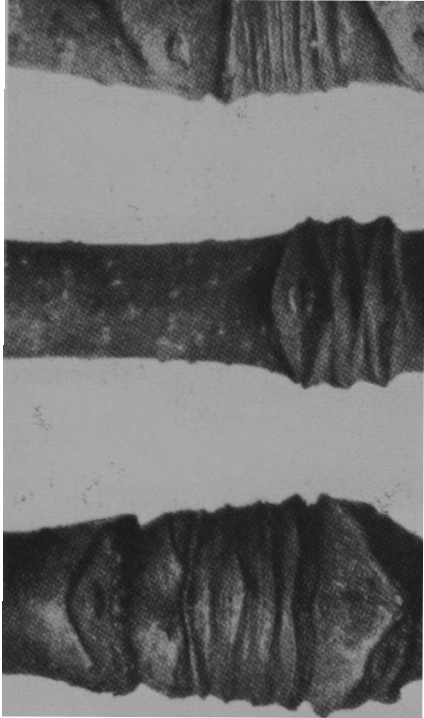
Die Unterschichtung durch migrantische Arbeitskräfte aus den Peripherien Europas suggerierte den Mehrheitsdeutschen, für sie hätte sich das Problem einer Klassengesellschaft – und auch einer patriarchalen Gesellschaft – gelöst. Dazu kam, dass das Wohlstandsniveau während der Kohl-Ära auch für diejenigen stieg, die weniger als der Durchschnitt besaßen oder verdienten: Der sogenannte soziale »Fahrstuhleffekt«, das Anheben des allgemeinen Lebensstandards, machte dabei vergessen, dass nicht nur die Abstände wuchsen und sich langsam neue soziale Differenzierungen herausbildeten, sondern auch wer diese Verbesserung der Lebensbedingungen maßgeblich bewirkte. Während Migrant_innen aus den pauperisierten Peripherien Europas als rückständig, patriarchal und traditionsverbunden galten und gelten, haben sie – nur scheinbar paradox – tatsächlich die »Modernisierung« der westeuropäischen Gesellschaften erst ermöglicht.

Deklassierung und die Produktion von Klassen

»Analysis of class should therefore aim to capture the ambiguity produced through struggle and fuzzy boundaries, rather than to fix it in place in order to measure and know it. Class formation is dynamic [...] Class (as a concept, classification and positioning) must always be the site of continuous struggle and re-figuring precisely because it represents the interest of particular groups« (Skeggs 2004: 5).

Allgemein lässt sich feststellen, dass seit den 1980er Jahren die Zahl der Arbeitsmigrant_innen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen kontinuierlich angestiegen ist. Migrantische Arbeitskräfte sind vor allem auf Arbeitsplätzen zu finden, die schlecht vergütet sind, und ihre





Lebenssituation ist von langen und immer wiederkehrenden Perioden der Erwerbslosigkeit gekennzeichnet, die sozial destabilisierend und beruflich dequalifizierend wirken. Die aktuellen Hartz-Reformen greifen hier in vielfacher Weise verschärfend ein. So schreibt Dorothee Frings in ihrer juristischen Expertise zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen und des Zuwanderungsrechts für Migrant_innen:

»Die Hartz-Reformen

und das neue Zuwanderungsgesetz verfolgen im Kern die übereinstimmende Zielsetzung, das verfügbare Arbeitskräftepotential passgenau an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts anzupassen und gleichzeitig die staatlichen Sozialausgaben zu senken« (Frings 2005: 21)

Hartz-Reformen und Zuwanderungsgesetz bestätigen mithin die der neoliberalen Gouvernementalität zugrunde liegende Ausschlusslogik und Biopolitik. Es ist nicht zufällig, dass Arbeiter_innen nicht deutscher Herkunft auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor deutlich überproportional auf den untersten Ebenen der Beschäftigungsskala vertreten und darüber hinaus überdurchschnittlich hoch von Erwerbslosigkeit betroffen sind, während sie insgesamt eine niedrigere Beschäftigungsrate aufweisen als deutsche Arbeitskräfte. Die Erwerbslosenquote von Menschen nicht-deutscher Staatsbürgerschaft lag bereits im Jahre 2000 im Bundesgebiet West um insgesamt 110,3 Prozent höher als die Erwerbslosenquote insgesamt, während der Anteil der arbeitslosen Migrant_innen ohne abgeschlossene Berufsausbildung in 2003 bei dramatischen und skandalösen 72,5 Prozent lag. Migrantische Jugendliche finden sich dabei besonders häufig in der Hauptschule und besonders selten im Gymnasium. Und auch an den Universitäten setzt sich dieses Zahlenverhältnis fort, denn die meisten ausländischen Studierenden sind keine so genannte Bildungsinländer_innen, d. h. Menschen nicht-deutscher Herkunft, die das deutsche Schulsystem durchlaufen haben. An den Hochschulen sind besonders jene willkommen, die aus den Eliten ihrer Herkunftsländer stammen und in der Bundesrepublik weiteres Bildungskapital akkumulieren. Der Zugang für Migrant_innen aus »Gastarbeiterfamilien« erweist sich hingegen aufgrund ethnischer und klassenspezifischer Diskriminierungen als besonders schwierig, denn ohnehin finden sich unter den Studierenden in Deutschland nur sehr wenige, die in proletarischen Milieus aufgewachsen sind – ganz gleich welcher Herkunft.

Die vielzitierte ethnische Unterschichtung des Arbeitsmarktes und die Deklassierung und Dequalifizierung migrantischer Arbeitskräfte gehen dabei Hand in Hand mit der sich ausweitenden Regulierung von Migration bei gleichzeitiger Deregulierung des Arbeitsmarktes. Soziale und ethnische Herkunft formieren sich im Einwanderungsland Deutschland geradezu zu einem sozialen »Schicksal«. Auch bei der Sozialhilfequote ist eine kritische Differenz zwischen Menschen deutscher und nicht-deutscher Herkunft erkennbar. So lag Ende 2002 diese für Migrant_innen bei 8,4 Prozent gegenüber 2,8 Prozent bei der deutschen Bevölkerung. Die Bundesregierung preist deswegen wohl auch in ihrer Hartz-Info-Broschüre die so genannten 1-Euro-Jobs für Menschen mit Migrationshintergrund an. Diese seien aufgrund von so genannten Vermittlungshindernissen besonders für diese Zielgruppe geeignet. Im Grunde kann die Reformierung des Arbeitsmarktes als ein Versuch gelesen werden, erwerbslose Migrant_innen aus den staatlichen Sicherungsnetzen zu lösen und damit zu flexibilisieren. Die restriktiven Migrationsregime intendieren, möglichst viele hochqualifizierte Fachkräfte aus den Peripherien des Kapitalismus³ anzulocken und dies zu kombinieren mit einer weitgehenden ethnischen Unterschichtung durch kurzfristige Saisonarbeiten, aber auch Minijobs und 1-Euro-Jobs.

»Die Ausrichtung der Hartz-Gesetze auf eine schnelle Vermittlung von Arbeitslosen in den Niedriglohnsektor des Arbeitsmarkts statt auf eine langfristige Qualifizierung der Arbeitskräfte (Erhöhung des Humankapitals) grenzt die nachwachsende Generation mit Zuwanderungshintergrund aus der Entwicklung des »Standort Deutschlands« aus und weist ihr ihren Platz im informellen Sektor zu« (Frings 2005: 21).

Auch undokumentierte migrantische Arbeitskräfte werden dabei in großem Ausmaße »hingenommen«, weil sie Billigproduktion sichern und auch die sozialen Löcher stopfen, die der radikale Abbau staatlicher Sicherungssysteme hinterlässt. Gleichzeitig gelten Flüchtlinge als ein Sicherheitsrisiko und werden dementsprechend im großen Maßstab abgewehrt, nur so lässt sich ein quasi-normalisierter irregulärer Arbeitsmarkt etablieren. Wie groß dieser mittlerweile ist, darüber kann nur spekuliert werden. Sicher ist jedoch, dass in rund 3,5 Millionen Haushalten in Deutschland Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, dem indes lediglich 40.000 angemeldete sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich gegenüberstehen. Anders gewendet, undokumentierte Arbeitskräfte – zumeist aus postkolonialen Ländern stammend – stellen eine nicht unbedeutende Größe für die Ökonomie des Westens dar. Sie arbeiten für wesentlich weniger Geld, die Abgaben für die Sozialversicherungen entfallen und sie sind zudem leicht erpressbar. Staatliche Behörden wissen sehr wohl Bescheid über die irregulären Beschäftigungsverhältnisse, ihr strategisches Wegschauen ist ökonomischer und sozialer Kalkulation geschuldet.

Für migrantische Arbeitskräfte vor allem aus postkolonialen Ländern bedeutet dies, dass sie (geschlechts-)spezifischen Ausbeutungen ausgesetzt sind, die auf

kolonialen hetero-patriarchalen Strukturen aufliegen. So arbeiten undokumentierte Frauen gänzlich unabhängig von ihren Qualifikationen überwiegend als »Putzfrauen« und »Dienstmädchen« in Privathaushalten und als Prostituierte in der Sexindustrie. Es sind dies Bereiche, die durch eine besondere Ausbeutung der körperlichen Arbeitskraft gekennzeichnet sind. Hinzu kommt die erzwungene Vereinzelung, die eine Organisation vereitelt und die dort Tätigen unter eine ausnahmslose Kontrolle der Arbeitgeber_innen stellen. Heutzutage können auch weniger begüterte Familien hochqualifiziertes Dienstpersonal für wenig Geld beschäftigen. Dies eröffnet der Dominanzbevölkerung das zweifelhafte »Privileg« ein »Dienstmädchen« anzustellen, das die emanzipierten Frauen und Männer frei halten, damit sie sich ganz ihrer Karriere widmen können. Was den Männern der Dominanzgesellschaft die »Sekretärin« ist, wird der emanzipierten karrierebewussten Frau immer mehr die »Putzhilfe«, die »Kinderfrau«, die »Köchin«, die »Einkaufshilfe«, die »Pflegehilfe« etc. Privathaushalte wandeln sich nach und nach zu ethnifizierten Nischen für undokumentierte Migrant_innen aus dem Süden der Welt und dem Osten Europas. Die Frau aus Polen, die die Mutter versorgt oder den kranken Ehemann pflegt, ist lange schon Teil deutscher Alltagskultur. Dass dies historische imperiale Verhältnisse reproduziert, scheint nur wenige zu interessieren. Produkt dieses Prozesses ist unter anderem eine neue »Unterklasse« von Arbeiter_innen auf Zeit, die gewissermaßen in Form von Turborotationsverfahren zu einem Kommen und Gehen gezwungen werden und sich durch diese permanente Rotation in einer kontinuierlich prekären Existenzlage einrichten (müssen). Die verschärfte Ungleichheit schmiegelt sich dabei an bereits strukturell vorhandene und etablierte Ungleichheitsstrukturen an. Rassismus, Sexismus und Klassismus fungieren gleichsam als exzellente Instrumente zur fortgeführten Legitimation (kolonialer) Ausbeutungsverhältnisse, die nach wie vor den symbolischen und materiellen Wohlstand der westlichen Mittel- und Oberschichten sichern. So erweist sich etwa der gleichzeitige Anspruch von Karriere und Familie für die Frauen der Dominanzkultur als immer weniger paradox – was ja immer wieder angemerkt wird – denn die minorisierten dequalifizierten und deklassierten Frauen aus den pauperisierten Süden und Osten sind zur Stelle, um die entstehenden sozialen Spannungen zu lösen, den Geschlechterkrieg zu unterlaufen. Das Geschlechterverhältnis ist in Europa eigentlich nicht viel anders als in den berühmtesten 1950er Jahren, wo Frauen lediglich die drei »Ks« (Kinder, Küche, Kirche) zugestanden wurden. Doch die mehrheitsdeutsche Frau sieht sich nicht mehr ans Haus gefesselt, sondern sie ist es, die das »traute Heim« zu einer wohlfunktionierenden Organisationseinheit modifiziert, der sie als Haushaltsmanagerin vorsteht. Wie aus Arzthelferinnen Praxismanagerinnen – auch wenn sie dasselbe tun und auch immer noch so wenig verdienen wie eh und je – wurden aus berufstätigen Hausfrauen Multitasking-Managerinnen, die in »Heim« und »Beruf« ihren »Mann stehen«.

Deklassierung und Dekolonisierung

Stuart Hall zufolge sind die wichtigsten kritischen Arbeiten solche, die aufzeigen können, wie die Verquickung zwischen »Klasse« und »Rasse« hergestellt wird und wie diese Strukturen die Beziehung zwischen den ehemaligen Kolonien und den kolonisierenden Ländern auch heute noch bestimmen. In den auf marxistische Theorien basierenden Rassismustheorien wird Kolonialismus als Wegbereiter des Kapitalismus beschrieben, der eine globale Expansion ermöglichte und dabei neue Formen der (Über-)Ausbeutung etablierte. So wurde eine kapitalistische Weltordnung unter anderem über eine Durchsetzung erzwungener Arbeitskraft – etwa unterschiedliche Formen von Sklaverei – etabliert. »Rassifizierungsprozesse« erweisen sich hierbei als notwendige Legitimationsstrategien, denn es sind letztlich rassistische Ideologien, die die Bestimmung unterschiedlicher »Kategorien von Menschen«, die »biologisch« zur Ausführung besonders harter Arbeit bestimmt wurden. Die Ideologie der »rassistischen Überlegenheit« übersetzte sich so in Klassenkategorien, erscheinen die Klassenpositionen doch schließlich als quasi natürliche (Castro Varela/Dhawan 2004: 72ff.). Rassistische Hierarchien sind die »magische Formel«, die es dem Kapitalismus erlaubt, zu expandieren und die Produktionskosten dabei gering zu halten. Das bundesdeutsche »Gastarbeiter_innen-System« und die aktuelle europäische Flüchtlingspolitik stellt eine offensichtliche Kontinuität dieser Logik dar. Bei der Anwerbung von Menschen aus den armen Peripherien Europas werden diese nicht nur ärztlich begutachtet und antropometrisch vermessen, sondern auch bestimmten Arbeitsplätzen zugewiesen. Es ist ihre »Biologie« und »Herkunft«, die sie für besonders geeignet erscheinen lässt, die besonders harte und schmutzige Arbeit in den Berg- und Stahlwerken, an den Fließbänder der Elektroindustrie und bei den Abfuhrunternehmen zu erledigen. Es wird hier deutlich, wie deklassierte Subjekte und damit eine soziale Unterschicht immer wieder neu geschaffen werden. Die Exklusionsregime zeigen sich dabei hochflexibel, indem sie etwa auf Widerstände mit neuen Ausschlusspraxen reagieren. So zeigt sich das neue Zuwanderungsgesetz einerseits »tolerant« und »einladend« gegenüber Migrant_innen, die über ökonomisches Kapital und/oder Bildungskapital verfügen, um andererseits besonders »gnadenlos« diejenigen zu regieren, die diese Ressourcen nicht mitbringen und/oder deren »Herkunft« abgewertet werden soll. Gleichzeitig ist es immer möglich, Kapitalien abzuwerten. Deklassierungsprozesse sind notwendig, um eine genügend große Arbeitskraftmasse zur Verfügung zu stellen, die gut ausbeutbar ist. Heute sind es die undokumentierten Arbeiter_innen, die in den Metropolen



etwa mit der Masse der Obdachlosen die »neuen Subalternen« darstellen und nicht die migrantische intellektuelle Elite (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005).

Klassenbewusstsein heißt, ein geschärftes Bewusstsein für soziale Ungleichheit, in einer Gesellschaft die eklatant durch Klassendifferenzen geprägt wird, zu entwickeln. Die Skandalisierung von Sexismus und Rassismus wird deutlich schärfer, wenn nicht, wie so oft, die ökonomische Analyse nur hinten angestellt wird. Es wird dann allerdings notwendig, die Homogenisierung einer Migrant_innenpopulation zu hinterfragen, die reiche Computerspezialist_innen im Silicon Valley und undokumentierte Saisonarbeiter_innen in eins setzt. Kritische Migrationsstudien können dagegen aufzeigen, wie Klassen über Migrationsregime produziert werden und wo Kontinuitäten, aber auch Diskontinuitäten zu anderen Exklusionsregimen – wie etwa dem rassistischen und kolonialen Regime – festzustellen sind.

María do Mar Castro Varela

Anmerkungen

- 1: Spannenderweise zeigt sich bei einer Durchsicht der Literatur zum Thema »Klasse und Klassengesellschaft«, dass v. a. in den 70er Jahren und dann wieder ab der Jahrhundertwende eine verstärkte Produktion in deutschsprachigen Raum nachzuweisen ist.
- 2: Aus dem Buch »Gastarbeiter. Analysen und Berichte« von Ernst Klee (1981).
- 3: Das gilt im übrigen auch für Studierende aus dem Süden. Europäische Universitätsabschlüsse entwickeln sich mehr und mehr zu einem lukrativen Geschäft.

Literatur

Bubeck, Ilona (1993): »Eine neue bürgerliche Frauenbewegung?« in: Ika Hügel u.a. (Hg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung. Berlin: Orlanda, S. 33 - 42.

Castro Varela, María do Mar (2003): »Zur Skandalisierung und Re-Politisierung eines bekannten Themas: »Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt« in: dies./Dimitria Clayton (Hg.): Migration, Gender, Arbeitsmarkt. Neue Texte zu Frauen und Globalisierung. Königstein/Ts: Ulrike Helmer, S. 8 - 29.

Castro Varela, María do Mar / Dhawan, Nikita (2004): »Rassismus im Prozess

der Dekolonialisierung – postkoloniale Theorie als kritische Intervention« in: AntiDiskriminierungsbüro Kön / CyberNomads (Hg.): TheBlackBook. Deutschlands Häutungen. Frankfurt am Main / London: IKO, S. 64 - 81.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript.

Ehrenreich, Barbara (2003): Arbeit Poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Frerichs, Petra/Steinrücke, Margareta (1997): »Klasse und Geschlecht. Forschungskonzeption und Ergebnisse eines empirisch-theoretischen Forschungsprojekts« in: dies. (Hg.): Klasse, Geschlecht, Kultur. Dokumentation eines Workshops anlässlich des 25jährigen Bestehens des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen ISO am 08. November 1996 in Köln. (hg. Verein zur Förderung des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen) Köln: ISO Eigenverlag, S. 12 - 46

Frings, Dorothee (2005): Arbeitsmarkt und Zuwanderungsrecht – Auswirkungen für Migrantinnen und Migranten. Juristische Expertise. hg. von Migration und Arbeit Rhein-Main. Frankfurt am Main: Stadt Frankfurt am Main.

Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (2002): Weltmarkt Privathaushalt. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Klee, Ernst (Hg.) (1981): Gastarbeiter. Analysen und Berichte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lawrence, Edward (1982): »Just Plain Common Sense: The Roots of Racism« in: Centre for Contemporary Cultural Studies (Hg.): The Empire Strikes Back. Race and Racism in the 70s Britain. London: Hutchinson, S. 47 - 94.

Mattes, Monika (1999): »Zum Verhältnis von Migration und Geschlecht. Anwerbung und Beschäftigung von »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik 1960 bis 1973« in: Jan Motte / Rainer Ohliger / Anne von Oswald (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main: Campus, S. 285 - 209.

von Oswald, Anne/Schmidt, Barbara (1999): » »Nach Schichtende sind sie immer in ihre Lager zurückgekehrt...« Leben in »Gastarbeiter«-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren« in: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 184 - 214.

Skeggs, Beverley (2004): Class, Self, Culture. London/New York: Routledge.

Westphal, Manuela (1996): »Arbeitsmigrantinnen im Spiegel westdeutscher Frauenbilder« in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 42, S. 17 - 28.

*autoren
buchhandlung
marx & co*

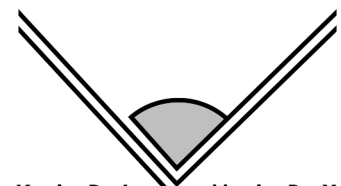
Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 0 69 / 72 29 72 · Fax 0 69 / 71 40 38 70
autorenbuchhandlung.ffmpeg@t-online.de

Marx an der Uni

Geisteswissenschaften

Belletristik

Sozialwissenschaften



KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR. 11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE